

30/31

75

Union in Deutschland

Bonn, den 24. Juli 1975

Einigung Europas muß Vorrang haben

Die Union ist bereit, an einer Friedensordnung für Gesamteuropa mitzuwirken. Sie kann für uns aber auf gar keinen Fall eine Alternative zur europäischen Integration und ein Alibi zum Hinausschieben der europäischen Integration sein. Dies stellt Helmut Kohl am Vorabend der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki fest.

Auf dieser Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kann beispielsweise die Sowjetunion beweisen, inwieweit sie tatsächlich zu einer wirklichen, dauerhaften, echten, gesamt-europäischen Friedensordnung bereit ist. Die bisher bekanntgewordenen Konferenz-Texte sind wenig ermutigend.

Wir haben erneut erfahren müssen, daß erklärte Entspannung, eine sogenannte Politik der friedlichen Koexistenz Kommunisten nicht daran hindert, überall dort, wo immer sich die Möglichkeit dafür bietet, Konflikte unter Einsatz von Gewaltmitteln zu nutzen, um das internationale Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Die Lehre daraus kann für uns nur heißen: Politik des Friedens und der Entspannung ist unteilbar. Sie darf nicht regional begrenzt werden. Wer Entspannung und Frieden in Europa will, muß dies auch im weltweiten Maßstab wollen, wenn er nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will.

■ SOZIALPOLITIK

Der Bürger muß nach Meinung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Katzer, die Folgen einer verfehlten Finanz- und Sozialpolitik ausbaden.

Seite 4

■ VERTEIDIGUNG

Eine Große Anfrage zur Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag eingebracht.

Seiten 5/6

■ STEUERN

Zum Kompromiß in der Frage der Steuerneuverteilung zwischen Bund und Ländern nimmt der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Gerhard Stoltenberg, in einem Interview Stellung.

Seiten 7/8

■ RECHT

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun erläutert im UID, zu welchen Gesetzen der Bürger in der Bundesrepublik gehört werden muß.

Seiten 11/12

■ KOMMUNEN

Die Ursachen für die zunehmend angespannte Finanzlage der Städte und Gemeinden analysiert der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Horst Waffenschmidt, in der

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Helmut Kohl zum Tod von Karl Schleinzer

Zum Tode des Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Dr. Karl Schleinzer, erklärt der Vorsitzende der CDU Helmut Kohl: Die CDU Deutschlands trauert um Karl Schleinzer. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und großen Europäer. Karl Schleinzer ist immer in der ihm eigenen bescheidenen und selbstlosen Weise für unsere gemeinsamen Ideale eingetreten. Schleinzer war am Wochenende bei einem Autounfall in Bruck an der Mur ums Leben gekommen. Helmut Kohl hatte seinen Urlaub in Österreich unterbrochen, um an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen.

Mehr als 4 000 neue Mitglieder

Einen „trotz der beginnenden Ferien- und Urlaubszeit beträchtlichen Zuwachs an neuen CDU-Mitgliedern“ konnte CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke in Bonn mitteilen. Ende Juni hatte die CDU insgesamt 576 573 Mitglieder, das sind 4130 mehr als Ende Mai.

Union wehrt sich gegen Terminverschiebung

Gegen die Behauptung des Staatssekretärs im Bundeswohnungsbauministerium, Dr. Abreß, die Verschiebung des Termins zur Vorlage des Mieten- und Wohngeldberichts vom 1. Juli 1975 auf den Herbst dieses Jahres gehe auf eine Vereinbarung mit den zuständigen Obleuten aller drei Fraktionen zurück, hat der Vorsitzende des Ausschusses für

Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oscar Schneider, Stellung genommen:

Bundesminister Ravens unterrichtete am 19. Juni 1975 die Obleute der Fraktionen über seine Absicht, die Vorlage des zum 1. Juli 1975 fälligen Wohngeld- und Mietenberichts auf den November dieses Jahres hinausschieben zu wollen. Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion, Josef Mick, widersprach nachdrücklich dieser Absicht. Daraufhin bat Bundesminister Ravens mit Schreiben vom 26. Juni 1975 die Präsidentin des Deutschen Bundestages um die Verlängerung des Vorlagetermins bis zum 1. November 1975, über den das Präsidium des Bundestages bisher nicht entschieden hat. Die CDU/CSU besteht nachdrücklich auf der Einhaltung des Vorlagetermins, da ohne die Vorlage des Mieten- und Wohngeldberichts eine sachgerechte Mieten- und Wohngeldpolitik dem Deutschen Bundestag verwehrt ist.

Partnerrente kein „soziales Geschenkpaket“

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände verkennt Sinn und Inhalt des auf dem Mannheimer Parteitag der CDU beschlossenen Modells der „Partnerrente“, wenn sie diesen Vorschlag schlicht als neue Belastung für die Rentenversicherung ablehnt, stellt der Vorsitzende des Bundesausschusses für Sozialpolitik der CDU, Staatsminister Dr. Heinrich Geißler, zu den Äußerungen der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zur Partnerrente fest. Die Partnerrente ist ausdrücklich nicht als „soziales Geschenkpaket“ konzipiert, vielmehr sollen die Rechte zwischen Mann und Frau in der Rentenversicherung so umstrukturiert

werden, daß auch dem Verfassungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts bis spätestens 1984 Rechnung getragen werden kann. Auf ihrem Mannheimer Parteitag hat die CDU nachdrücklich deutlich gemacht, daß sich die Mehr- und Minderaufwendungen im Rahmen dieser Neuordnung die Waage zu halten haben (auf Kostenneutralität).

CDU gewinnt bei Studenten und Abiturienten an Boden

Zwischen 28 und 30 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 bis 24 Jahren würden nach einer Befragung des „Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung“ bei Wahlen der CDU und CSU ihre Stimme geben. 43 bis 45 Prozent votieren für die SPD und rund 18 Prozent für die FDP. Nach der Analyse des Instituts hat die CDU/CSU ihren Stimmenanteil unter Studenten und Abiturienten innerhalb eines Jahres von rund 20 auf etwa 33 Prozent steigern können. Die SPD habe diese Prozentsätze verloren.

Todesautomaten scharf geschaltet

Im etwa 80 Kilometer langen Grenzgebiet mit der DDR, den die Bundesgrenzschutzabteilung Bayreuth überwacht, sind auf thüringischem und sächsischem Gebiet in den vergangenen Tagen 651 Todesautomaten „scharf geschaltet“ worden. Die Selbstschußanlagen wurden seit Juni im Gebiet nördlich und östlich von Münchenreuth (Landkreis Hof) installiert. Die Todesautomaten „SM 70“ sind an jedem dritten Betonpfosten eines Metallgitterzauns angebracht, dessen Überklettern sie durch Ladungen aus Metallsplittern verhindern sollen.

STICHWORTE

Die Union

Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) ist am 4. Juli als Vollmitglied in die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) aufgenommen worden.

Sicherheitsstäbe

wollen die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Jungen Pioniere in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei der DDR zum „Schutze des sozialistischen Eigentums“ einrichten.

100 Millionen Mark

jährlich wollen die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik durch Selbstfinanzierung der Rundfunk- und Fernsehgebühren einsparen.

Mit 10 Prozent

Produktionsrückgang in der Bauwirtschaft für das Jahr 1975 rechnet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.

Die Disziplin

in der Bundeswehr hat sich nach einer Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums weiter gebessert. Einzelheiten gehen aus dem „Disziplinarbericht 1974“ hervor.

Die Lebenshaltungskosten

in der Bundesrepublik lagen im Monat Juni um 6,4 Prozent über dem Stand des Vorjahresmonats. Von Mitte Mai bis Mitte Juni stiegen die Preise allein um 0,7 Prozent.

Die Einreise

in die Tschechoslowakei ist dem Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Kunz verweigert worden.

■ SOZIALPOLITIK

Ratlosigkeit der Bundesregierung belastet die Bürger

Mit wem immer man im Lager der SPD/FDP-Regierung spricht, jeder meint, das Wort „soziale Demontage“ solle doch bitte niemand verwenden. Es geht nach Meinung von SPD und FDP doch darum, jetzt nüchtern die Lage zu analysieren, da im Grunde jeder wisse, daß Abstriche am sozialen Sicherungssystem gemacht werden müßten. Hier müsse auch die Opposition helfen. Diese Meinung findet neuerdings nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Katzer, auch in Presse, Funk und Fernsehen weite Verbreitung.

Was trägt denn nun aber die Bundesregierung dazu bei, die Lage nüchtern zu analysieren? Der derzeitige Bundesarbeitsminister wird nicht müde zu versichern, daß die Beiträge in der Rentenversicherung ausreichen und genügend Rücklagen vorhanden sind, so daß auf lange Sicht keine Beitragserhöhungen notwendig werden.

Der Bundesfinanzminister derselben Regierung allerdings spricht von harten Sparmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Finanzen. Der Bundeskanzler Schmidt empfiehlt den Bürgern einen höheren Konsum und „warnt“ jetzt — in der schärfsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland — vor einer kommenden konjunkturellen Überhitzung.

Eine bemerkenswerte Meinungsvielfalt und ein nicht zu überbietender Zynismus angesichts der Tatsache, daß wir jetzt mehr als eine Million Arbeitslose und 800 000 Kurzarbeiter haben.

Wenn es aber stimmt, daß die Finanzen in Ordnung sind, wie der Bundesarbeitsminister behauptet, dann brauchen wir uns um die Rentenversicherung keine Gedanken zu machen, es sei denn, daß der Arbeitsminister — entsprechend seinem „Denkanstoß“, wie es Herr Wehner nannte — dem Gesetzgeber tatsächlich vorschlägt, bei künftigen Rentenanpassungen einheitliche Sockelbeträge unabhängig von der Rentenhöhe zu gewähren. In der Krankenversicherung sind es die Freien Demokraten, die wieder „Denkanstöße“ in Richtung Selbstbeteiligung der Patienten geben.

Eine wirklich nüchterne Betrachtung der Lage kommt eben nicht daran vorbei, daß eine unverändert hohe Inflationsrate von 6,4% im Juni und fast zwei Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter soziale Demontage sind. Sie bedeuten empfindliche Eingriffe in die Lebenshaltung von Millionen von Arbeitnehmern und vielen Familien.

Es will scheinen, daß der Bürger allmählich ein Recht darauf hat, von der SPD/FDP-Regierung zu erfahren,

- ① wie die tatsächliche finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungsträger ist,
- ② wann endlich die Regierung, z. B. durch einen Konjunkturhaushalt für Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden der Arbeitslosigkeit zu Leib und Leben rückt,
- ③ wie die Regierung den Wirrwarr in Sachen Renten- und Krankenversicherung zwischen SPD und FDP sowie in den Koalitionsparteien selbst auf einen Nenner bringen will.

■ VERTEIDIGUNG

Der Sicherheit des Westens drohen unübersehbare Gefahren

Die Bundesrepublik Deutschland verdankt ihre politische Handlungsfreiheit entscheidend dem nunmehr 20jährigen Verteidigungsbeitrag im Nordatlantikpakt. Allein im Zusammenschluß mit anderen Staaten in Westeuropa und Nordamerika konnte sie die Fähigkeit zur Abschreckung und Verteidigung und somit die Voraussetzung für eine Politik des Friedens und der Sicherheit gewinnen und erhalten.

Entwicklung der internationalen Lage und drei Jahrzehnte Nichtkrieg in Europa haben unter den beteiligten Nationen neue Interessenlagen geschaffen. Art und Ausmaß der Bedrohung, das militärische Kräfteverhältnis, die Strategie, der Entwicklungsstand der Waffentechnik, die wirtschaftliche Lage und die internationalen Handelsbeziehungen haben sich grundlegend geändert. Diese Veränderungen schaffen Chancen und Gefahren. Ihre Folgen für die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland müssen bedacht und dann die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden.

Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen West und Ost sieht in einem krassen Widerspruch zu dem offiziell zur Schau getragenen Optimismus unserer Bundesregierung. Während bei uns amtlicher Konferenzoptimismus verordnet wird, die Gebetsmühlen der Entspannung sich lustig weiterdrehen,

als ob nichts geschehen wäre und Sorglosigkeit Trumpf ist, wird der Westen in den letzten Jahren zunehmend schwächer, der Osten stärker, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Manfred Wörner zur Einbringung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Verteidigungspolitik am 14. Juli 1975.

Der Sicherheit des Westens und damit auch unseres Landes drohen unübersehbare Gefahren, wenn sich diese Tendenz fortsetzt und das Kräfteverhältnis sich langsam aber sicher weiter zuungunsten der NATO verschiebt.

Vor dieser Entwicklung zu warnen und dadurch Kräfte zur Abwehr zu mobilisieren, ist der Sinn der Großen Anfrage. Die hauptsächlichsten Gefahren, auf die die Union aufmerksam machen will, rühren aus:

- ① dem wachsenden militärischen Ungleichgewicht zwischen Ost und West,
- ② den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten mit all den bedenklichen Folgen für die Regierungsfähigkeit und Stabilität der westlichen Staaten,
- ③ den kritischen Entwicklungen an der Südflanke des Bündnisses,
- ④ der ungesicherten Rohstoff- und Energieversorgung, die neue Abhängigkeiten schafft,
- ⑤ der Unfähigkeit des Westens, seine

Zersplitterung zu überwinden und der Einigung kräftige neue Impulse zu vermitteln,

⑥ der Volksfrontstrategie des Kommunismus in Westeuropa,

⑦ der Bequemlichkeit und Sorglosigkeit der Menschen im Westen.

Die Bedrohung liegt in der Verknüpfung all dieser Entwicklungen durch eine kommunistische Strategie, die alle einzelnen Elemente — die militärischen, wirtschaftlichen, sozialen, geistig moralischen — der politischen Gesamtzielsetzung ein- und unterzuordnen versteht. Demgegenüber ist die Strategie des Westens — soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann — sektoral und damit unzulänglich.

Der Westen darf den Frieden nicht verspielen

Das wird deutlich an der Bewertung der militärischen Macht. Während wir im Westen geneigt sind, in den Streitkräften überwiegend ein Instrument der Kriegsführung zu sehen, ist für den sowjetischen Politiker und Strategen die militärische Macht primär ein — wenn nicht das — wesentliche Moment politischer Überlegenheit. Der Sinn militärischer Anstrengungen besteht darum für ihn nicht vorwiegend darin, Krieg zu führen, sondern den Frieden zu gewinnen.

Die größte Gefahr, die dem Westen aus der Vernachlässigung militärischer Macht droht, ist darum nicht — obwohl auch das nicht ausgeschlossen werden kann — in einen Krieg zu geraten, sondern den Frieden zu verspielen. Die eigentliche Bedrohung liegt in einem umfassenden politisch-militärischen Ungleichgewicht.

Mit der Großen Anfrage geht es der Union nicht um Schwarzmalerei oder Zukunftspessimismus, der nur entmutigen würde. Es geht uns darum,

— den Charakter der Bedrohung sichtbar zu machen,

— Verständnis zu schaffen für sicherheitspolitische Zusammenhänge und damit die Bereitschaft zu wecken für die erforderlichen Opfer,

— ein realistisches Bild der Sicherheitslage in Europa zu zeichnen und damit der einseitigen Entspannungspropaganda des Ostblocks entgegenzutreten,

— die gewandelten strategischen Bedingungen ins Bewußtsein zu rufen und ihre Konsequenzen zu erläutern,

— der zu erwartenden politisch-ideologischen Offensive des Ostblocks nach Abschluß der KSZE entgegenzutreten und

— vor allem unseren Beitrag zu leisten, um den Selbstbehauptungswillen in unserem Volk nicht noch weiter erlahmen zu lassen.

Schwerpunkte unserer Anfrage sind demnach

● die Entwicklung der militärischen Kräfteverhältnisse,

● die gewandelten strategischen Verhältnisse,

● die neuen Dimensionen der Bedrohung,

● die Lage an der Südflanke,

● die verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Europa,

● die Bemühungen um die Verteidigungsbereitschaft in unserem Volk.

■ BUND/LÄNDER

Nach dem Steuer-Kompromiß: Finanzlage bleibt weiter schwierig

Die durch eine völlig verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD/FDP-Bundesregierung verursachte angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte wirkte sich in den vergangenen Wochen auch auf die Bund-Länder-Konferenz zur Neuverteilung des Steueraufkommens nieder. Nach zähen Verhandlungen, die durch Drohungen des Bundeskanzlers (siehe UID 28/29 1975) erheblich erschwert wurden, einigten sich Bund und Länder auf einen Kompromiß, den der stellvertretende Vorsitzende der CDU und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, in folgendem Interview erläuterte.

Frage: Die Länder tragen nun doch einen höheren Anteil an dem Steueranfall, den die Steuerreform verursacht, als sie ursprünglich wollten. Wie wird das nun möglich?

Dr. Stoltenberg: Die Forderungen des Bundes gingen erheblich weiter, und die Länder sind in der Tat von ihrem Angebot, ihren Berechnungen aus, dem Bund ein Stück entgegengekommen, denn die außerordentlich kritische wirtschaftliche und finanzielle Lage macht ja einen Steuerstreit über lange Zeit hinweg besonders problematisch. Wir brauchen Klarheit über die Steuerantei-

le für 1975 und 1976, wenn wir Etats fahren und aufstellen wollen.

Wir brauchen auch ein Stück an Zusammenarbeit, unabhängig von allen parteipolitischen Gegensätzen, die es gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt. Denn der kommende Winter wird ja zu einer schweren Belastungsprobe werden. Ein Aufschwung ist überhaupt nicht in Sicht. Die Steuer-schätzungen müssen nach unten korrigiert werden.

Wir haben vereinbart, daß über die Frage der gemeinsamen Finanzierung der Investitionen, die ja auch für Betriebe und Arbeitsplätze wichtig sind in dieser Lage, daß auch über die Frage eventueller Konjunkturprogramme des Bundes und der Vorstellung des Bundes über die Mitwirkung der Länder im August, Ende August etwa, wenn der Bund seine Etatplanung aufstellt, gesprochen werden soll.

Frage: Heißt das also, daß man ein Konjunkturprogramm anpeilt im Herbst und daß die Länder dann vom Bund Geld bekommen würden für dieses Konjunkturprogramm?

Dr. Stoltenberg: Für den Fall, daß die Bundesregierung sich dazu entschließt, und es gibt ja einige Äußerungen in dieser Richtung, geht sie wohl nach der bisherigen Praxis von einer gewissen Beteiligung der Länder und Gemeinden aus, denn Länder und Gemeinden tragen ja 80 Prozent der Investitionen, der

Bund nur 20 Prozent. Nun müssen wir freilich darauf achten, daß durch Sonderfinanzierungen die regulären Investitionen nicht noch weiter eingeeengt werden.

Zur schweren Krise der öffentlichen Finanzen gehört ja leider auch, daß schon seit einiger Zeit die Investitionsanteile in den Haushalten rückläufig sind, daß vor allem unsere Kommunen, aber auch die Länder, nicht mehr in der Lage sind, die wünschenswerten Investitionen zur Stützung der Beschäftigung der Betriebe ohne weiteres zu finanzieren.

Frage: *Aber das wird doch nun erst recht so, wenn sie nun einen größeren Anteil am Steuerausfall tragen als sie ursprünglich vorhatten. Deshalb meine Frage: Wer wird Federn lassen, wo wird etwas gekürzt werden müssen?*

Dr. Stoltenberg: Die viel zu kurze Decke wird hin und her gezogen. Auch der Bund steht leider vor der Frage, ob er Investitionen vermindern muß. Die Länder sind mit ihren Kürzungsbeschlüssen und der Finanzplanung weiter. Die Mehrzahl der Bundesländer hat klare Entscheidungen für 1976 und teilweise auch für die Folgejahre auf der Basis der verschlechterten Erwartungen getroffen.

Frage: *Kann man das konkretisieren?*

Dr. Stoltenberg: Das kann man konkretisieren, daß z. B. in einem Land wie Hamburg in den nächsten vier Jahren 1,6 Mrd. weniger ausgegeben werden, darunter leider auch viele hundert Millionen Investitionen weniger als bisher geplant, in einem Land wie Schleswig-Holstein 1,5 Mrd., in einem Land wie Nordrhein-Westfalen werden es Milliardenbeträge sein. Wir haben angesetzt

durchweg bei den Personal- und Sachausgaben.

Frage: *Was bedeutet das für den Bürger?*

Dr. Stoltenberg: Das bedeutet, daß Tausende von Stellen eingespart und leider auch die Chancen des Zugangs zum öffentlichen Dienst für die junge Generation schlechter werden. Aber wir müssen das machen. Auch die Bundesregierung muß es endlich tun. Sie darf diese Entscheidung nicht weiter vor sich herschieben, damit wir die wichtigsten Investitionen überhaupt sichern können.

Frage: *Nun gibt es ja eine Liste von 19 Gesetzen (vergl. UId 28/29 1975), die u. U. nicht mehr in Kraft treten bräuchten, wenn man es einvernehmlich macht. Diese 19 Gesetze waren eigentlich einmal in Ihrer Verhandlung mit eingeführt. Sie sind nun verschwunden. Heißt das, daß sie sich darüber nicht einigen konnten, daß man bestimmte Gesetze nicht mehr macht, um Geld zu sparen?*

Dr. Stoltenberg: Das Bekanntwerden dieser Liste von Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die eventuell zurückgestellt werden sollen, hat offenbar innerhalb der Koalition zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Deshalb hat die Bundesregierung sich in der Schlußphase die Entscheidung, auf welche Gesetzesplanung sie nun wirklich durch die Finanzkrise verzichtet oder nicht, zunächst einmal selbst vorbehalten.

Wir haben ein sachliches Interesse daran, daß Länder und Gemeinden nicht mit weiteren Kosten belastet werden. Aber wir wollen natürlich der Bundesregierung die politische Verantwortung, die sie hier wie auch für die verfehlte Wirtschafts- und Finanzentwicklung trägt, nicht abnehmen. Wir sind bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten, wenn sie konkrete Vorschläge macht.

KOALITION

Münchener SPD fordert Vergesellschaftung der Banken

Die Vergesellschaftung der Banken und des Energiesektors ist vom Parteitag der Münchener SPD gefordert worden. Der Beschluß gehörte zu einer Reihe von Änderungsvorschlägen zum ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre bis 1985 der SPD auf der Grundlage des Godesberger Programms. Neben der Vergesellschaftung der Banken wurde auch eine verschärfte Bankenkontrolle verlangt. Eine direkte Investitionslenkung aufgrund gesamtwirtschaftlicher Orientierungsdaten sollte eine globale Steuerung der Wirtschaft vor allem in Krisenzeiten ermöglichen.

Gericht: „Der Sozialdemokrat“ soll widerrufen

Der 16. Zivilsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt hat der südhessischen SPD-Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ unter Androhung von einer Ordnungsstrafe bis zu 500 000 Mark und Ordnungshaft bis zu sechs Monaten verboten, weiterhin die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, wonach Karl Friedrich Grau namens der CDU der NPD Wahlkampf-Finanzierungshilfe angeboten habe. (AZ: 16 U 195/74)

Steuererleichterung für Sportvereine abgelehnt

In der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 18. Juni 1975 hat die SPD/FDP-Mehrheit den Antrag der CDU/CSU auf Steuererleichterung für Sportvereine abgelehnt. Die CDU/CSU hatte, so der Sportsprecher der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, mit ihrem Antrag Nebeneinnahmen von der Steuer befreien wollen, die Sportvereine anlässlich von Sportveranstaltungen und sportlichen Maßnahmen erzielen können. Die SPD/FDP-Mehrheit hat damit ein weiteres Mal einstimmige Beschlüsse der Deutschen Sportkonferenz nicht eingehalten. Jahrelang wurde gegen den CDU/CSU-Antrag argumentiert. Man sei zwar für Steuererleichterungen, befürchte aber zu große Mißbrauchsmöglichkeiten. Nachdem die CDU/CSU eine neue Formulierung ihres Antrags vorgelegt hat, die Mißbräuche ausschließt und den Bedenken der mittelständischen Wirtschaft Rechnung trägt, wurde die Maske fallen gelassen und erklärt, daß man in der Sache selbst gegen die Steuerbefreiung für Sportvereine sei.

Stuttgarter SPD-Vorstand unter Beschuß

Die Auseinandersetzungen in der Stuttgarter SPD wachsen sich immer mehr zu einem erbitterten Kleinkrieg zwischen dem „Gesprächskreis SPD '76“ und dem Kreisvorstand aus. Ein neues Beispiel dafür ist eine schriftliche Rüge für Peter Conradi und Horst Ehmke, in der es unter anderem heißt:

„Wen wundert's, wenn sich mehr und mehr Mitglieder und Anhänger einer gemäßigten SPD in Diskussions- und Gesprächskreisen außerhalb der offiziellen SPD-Veranstaltungen zusammenfinden. Sie machen sich ehrliche Sorgen um die Entwicklung der Stuttgarter SPD unter Conradi. Großenteils weigern sich diese ‚gestandenen‘ Männer und verantwortungsbewußten Frauen, sich von ‚besserwissenden‘ Jusos im intellektuellen Verbalradikalismus

von Versammlung zu Versammlung ‚belehren‘ zu lassen. Wenn dann gar noch eingeschriebene Kommunisten als offizielle Redner bei SPD-Ortsvereinsversammlungen ihre Thesen verkünden dürfen — so jüngst in einem Stuttgarter Ortsverein, im Wahlkreis Horst Ehmkes geschehen — dann muß man sich allen Ernstes fragen, wohin Teile dieser Partei steuern — oder gesteuert werden!“

Droht Arendt mit Rücktritt?

Nach 15monatiger Regierungszeit steht die sozial-liberale Koalition unter Kanzler Schmidt vor einer ersten Belastungsprobe. In Bonn hält sich hartnäckig die Kunde, Arbeitsminister Arendt habe gedroht, beim Einlenken Schmidts auf liberale Maximalforderungen in der Mitbestimmungsfrage, werde er seinen Hut nehmen. Die Mitbestimmung scheint damit eine härtere Nuß zu sein, als die Bekundungen beider Koalitionseiten vermuten lassen.

Leitungs-(Kopf-)Lastiges Rohde-Ministerium

Bundesminister Helmut Rohde, Ressortchef für Bildung und Wissenschaft, gilt in Bonn als derjenige Minister, der über den größten „Hofstaat“ gebietet, nämlich: 17 Mitarbeiter im Ministerbüro und Leitungsstab, 11 im Pressereferat und 12 in der Planungsgruppe, zusammen also 40. Für den Ausbau der Planungsgruppe hat Staatssekretär Prof. Jochimsen (trotz seiner diesbezüglichen schlechten Erfahrungen im Bundeskanzleramt) besondere Vorliebe bewahrt. Bei einem Stellensoll von 333 Beschäftigten (1975) sind zwölf Prozent für den Leitungsbereich Helmut Rohdes tätig, während Stoltenberg 1969, als noch Forschung und Technologie mit

zu diesem Ressort gehörten, mit vier Prozent im Leitungsbereich ausgekommen war. In Matthöfers Forschungs- und Technologieministerium sind nochmals 28 Stellen im Leitungsbereich und zwölf im Planungsbereich besetzt, so daß sich (zusammengenommen) 400 Prozent Steigerung für beide Ressorts (gegenüber 1969) ergibt.

Seiberts Wahlkampf mit Versicherungsgeld

Philipp Seibert, SPD-MdB, läuft Gefahr, wegen eines simplen Kugelschreibers massiven Kummer zu bekommen. Aus seiner Frankfurter Gewerkschaftszentrale — Seibert ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands — bekam die Kölner Zeitung „Express“ den Tip: „Kümmern Sie sich doch mal darum, welche Wahlgeschenke der Philipp in seinem Wahlkreis Aschaffenburg verteilt hat!“ Seibert hatte damals — im Wahlkampf 72 — Kugelschreiber mit der Aufschrift „SPD — Philipp Seibert — SPD“ verteilt. Doch die Sache mit den Kugelschreibern hatte einen Haken: Den Auftrag zur Herstellung hatte die Firma „Schwan-Stabilo“ jedoch weder von der Gewerkschaft, noch von der SPD, noch von Seibert selbst erhalten. Die Stifte waren von der Deutschen Eisenbahn-Versicherungskasse bestellt worden. Und deren Aufsichtsratsvorsitzender heißt Philipp Seibert.

Fristgerecht zum 19. Oktober 1972 wurden die Wahlgeschenke angeliefert. Aber nicht bei der Versicherungskasse in Köln, sondern bei der Gewerkschaftszentrale an der Beethovenstraße 12—16 in Frankfurt. Die Rechnung über 20 000 Mark ging jedoch an die Versicherungskasse und wurde prompt bezahlt.

■ RECHT

Zu wichtigen Gesetzen muß der Bürger gehört werden

In Veranstaltungen werden besonders die Abgeordneten immer wieder gefragt, in welchen Gesetzen bereits heute eine Anhörung des Bürgers vorgeschrieben ist. Als gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Bürger sind, wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun darlegt, diejenigen Vorschriften anzusehen, bei denen eine Anhörung des Bürgers vor Erlaß des sie künftig betreffenden Rechts (Satzungen, Verordnungen) vorgesehen ist.

Die Anhörung des Bürgers ist in verhältnismäßig wenigen Bundesgesetzen vorgesehen, und zwar

- im Bundesbaugesetz,
- im Städtebauförderungsgesetz,
- im Flurbereinigungsgesetz,
- im Bundesfernstraßengesetz,
- im Bundesimmissionsschutzgesetz
- im Personalbeförderungsgesetz.

Nach den Vorschriften des **Bundesbaugesetzes** erfolgt die Anhörung im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne (§ 2 BBauG). Die Gemeinde hat die Entwürfe der Bauleitpläne mit einem Erläuterungsbericht oder einer Begründung einen Monat lang auszulegen. Der Ort der Auslegung sowie die Dauer müssen mindestens eine Woche vorher ortsüblich, z. B. in den Tageszeitungen, bekanntgegeben werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist

geltend gemacht werden können. Berechtigt, Anregungen und Bedenken zu erheben, ist jedermann.

Nach dem **Städtebauförderungsgesetz** sind gemäß § 10 für die Neugestaltung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Bebauungspläne im Sinne von § 30 BBauG aufzustellen. Vor Aufstellung eines Bebauungsplanes soll gemäß § 9 StBauFG die Gemeinde mit den Eigentümern der im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücke sowie den Mietern, Pächtern und anderen Nutzungsberechtigten die beabsichtigte Neugestaltung des Sanierungsgebietes erörtert werden. Die Gemeinde soll außerdem den Arbeitnehmern der Betriebe im Sanierungsgebiet Gelegenheit geben, sich zur Neugestaltung des Sanierungsgebietes zu äußern.

Gemäß § 61 **Flurbereinigungsgesetz** hat der Flurbereinigungsplan Rechtskraft. Vor Aufstellung eines solchen Planes sind aber die Grundstückseigentümer über das geplante Flurbereinigungsverfahren sowie die voraussichtlich entstehenden Kosten aufzuklären. Beteiligt dabei sind nur diejenigen Bürger, die entweder Eigentümer der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke oder Erbbauberechtigte sind (§ 10). Sind Eigentümer nicht ersichtlich, so gelten die Eigenbesitzer als Beteiligte.

Das **Bundesfernstraßengesetz** sieht in § 18 ein Anhörungsverfahren vor. Danach

wird das Verfahren durch die nach Landesrecht zuständige Behörde durchgeführt. Der Plan, der Zeichnungen und Erläuterungen der betroffenen Anlagen und Grundstücke enthält, ist denjenigen Gemeinden zuzusenden, in deren Bereich die Bundesfernstraße liegt. Die Gemeinde hat dann ortsüblich bekanntzugeben, wo und in welchem Zeitraum der Plan ausgelegt wird. Weiterhin hat sie dazu aufzufordern, etwaige Einwendungen bei einer in der Bekanntmachung zu bezeichnenden Stelle innerhalb der Einwendungsfrist vorzubringen.

Das **Bundeswasserstraßengesetz** sieht eine Anhörung von Bürgern in § 17 vor. Sie erfolgt in der Art, daß der Plan sowie der Auszug, aus dem sich die voraussichtliche Auswirkung auf das Gebiet der Gemeinde ergibt, bei der Gemeinde ausgelegt wird. Berechtigt, Einwendungen zu erheben, sind diejenigen, deren Eigentum (Grundstücke, Nutzungsrechte, Anlagen und Betriebe) nach den bei der Planaufstellung gemachten Feststellungen betroffen ist.

Das **Bundesimmissionsschutzgesetz** sieht in § 10 die Möglichkeit vor, Einwendungen gegen geplante Anlagen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebes geeignet sind, schädliche Umwelteinwirkungen hervorzurufen, geltend zu machen. Berechtigt, Einwendungen geltend zu machen, sind alle Betroffenen.

Das **Personenbeförderungsgesetz** regelt in § 14 das Anhörungsverfahren, das Voraussetzung für die Erteilung einer Genehmigung zur entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Beförderung für Personen mit Kraftfahrzeugen ist. Die Genehmigungsbehörde setzt die Anhörsstellen über den Antrag in Kenntnis. Die Berechtigten können sich dann inner-

halb von zwei Wochen schriftlich gegenüber der Genehmigungsbehörde äußern. Berechtigt, Einwendungen geltend zu machen, sind nur diejenigen, die bereits ein gleichartiges Unternehmen führen.

Neue Anschrift

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union eine neue Anschrift hat, und zwar: 53 Bonn-Bad Godesberg, Annaberger Straße 283, Tel. 31 00 11.

■ TERMINE

- 1. 8. **JU — Bund, Bundesvorstand, Bonn**
- 4. 8. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 7. 8. **JU Hessen, Landesvorstand**
- 8. 8. **LV Schleswig-Holstein, Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Kiel**
- 9. 8. **LV Rheinland-Pfalz, Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Mainz**
- 14. 8. **LV Hessen, Kreisgeschäftsführerkonferenz, Lich**
- 16. 8. **LV Hessen, Landesvorstand, Gießen**
- 16. 8. **LV Schleswig-Holstein, Landesvorstand, Kiel**
- 16. 8. **LV Schleswig-Holstein, Frauenvereinigung, Delegiertentag, Kiel**
- 18. 8. **LV Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Mainz**
- 20. 8. **LV Bremen, Wahlkampföffnung, Bremen**
- 30. 8. **LV Schleswig-Holstein, Sozialausschüsse, Landesausschuß, Neumünster**
- 30. 8. **LV Rheinland-Pfalz, KPV, Landestag**
- 30. 8. **LV Hessen, Frauenvereinigung, Hauptausschuß**
- 4./5. 9. **CDU — Bund, Entwicklungspolitischer Kongreß, Bonn**
- 5./7. 9. **JU — Bund, Internationale Konferenz der COCDYC, Bonn**
- 5. 9. **LV Berlin, Landesvorstand**

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wichtiger Hinweis für Materialbesteller

In zahlreichen UiD-Ausgaben haben wir darauf hingewiesen, daß alle von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Informations- und Werbematerialien beim

**IS-Versandzentrum
4830 Gütersloh 1
Postfach 6666
Telex 933753 iserv d**

zu beziehen sind.

Trotzdem kommt es häufig vor, daß Bestellungen an die CDU-Bundesgeschäftsstelle oder frühere Versandzentren der CDU gerichtet werden. Solche fehlgerichteten Bestellungen führen zwangsläufig zu unnötigen Lieferverzögerungen. Bitte achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die richtige Anschrift.

23. Bundesparteitag
23.-25. 6. 1975
Mannheim
Ergebnisse

*Unsere
Politik für
Deutschland*

Alternative '76
CDU

Faltprospekt vom Mannheimer Parteitag

Dieser 6seitige Faltprospekt enthält in Kurzfassung die Ergebnisse des Mannheimer Parteitages. Der Prospekt eignet sich sowohl von seinem Inhalt wie auch von der Gestaltung her vorzüglich zur Verteilung bei Informationsveranstaltungen und Aktionen der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände.

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis: 20,90 DM pro 1 000 Expl.

Best.-Nr.: 2361

Die Reden vom Parteitag

Helmut Kohl

Unsere Politik — Deutschlands
bessere Alternative

Format: DIN A 5

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3358

Prof. Kurt H. Biedenkopf

Die Politik der Union —
Aufgaben und Organisation

Format: DIN A 5

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3360

Prof. Karl Carstens

Von der Opposition
zur Regierungsverantwortung

Format: DIN A 5

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3359

Broschürenserie: Argumente - Dokumente - Materialien

„Soziale Dienste in Sozialstationen“

Leistungen, die früher innerhalb der Familie erbracht wurden, müssen in steigendem Maß von sozialen Diensten der Gemeinschaft erbracht werden. Dies erfordert gut funktionierende Sozialstationen. Wer deren Aufgaben und Funktion kennenlernen will, dem vermittelt die 8seitige Broschüre wichtige Informationen.

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,16 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 5352



Neuer Autoaufkleber (innenklebend)

oval, zweifarbig

Größe: 13,4 × 9,2 cm

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis: 7,— DM pro 100 Stück

Bestellnummer: 9362



„Helmut Kohl — Kanzlerkandidat der Union“

Wandzeitung (vierfarbig)

Format: DIN A 2 quer

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 6,— DM pro 25 Exemplare

Bestellnummer: 7356

Prospekt „Helmut Kohl“

In Zitaten und Bilddokumenten entwirft dieser Prospekt ein persönliches Bild Helmut Kohls. Er gibt Auskunft über

Lebenslauf

politische Grundsätze

Arbeitsstil

des Kanzlerkandidaten der Union. Der Schwarzweißprospekt mit farbigem Innenteil verdeutlicht das persönliche Engagement des Politikers Helmut Kohl. Bei der wachsenden Beliebtheit unseres Parteivorsitzenden in der Bevölkerung bietet dieser Prospekt eine hervorragende Chance für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände zur Verdeutlichung der personellen Alternative der Union. Für den Einzelversand empfehlen wir Ihnen Umschläge im Format DIN B 4 mit Rückenverstärkung.



Umfang: 16 Seiten

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 2353

An das IS-Versandzentrum
4830 Gütersloh 1
Postfach 6666

Bestell-Coupon

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift:

Best.-Nr.	Bezeichnung	Stückzahl	Rechnungs- summe

Absender: Name

 Anschrift.....

 Unterschrift Datum

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d
Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

ZITAT

Taube Nüsse in den KSZE-Körben

In Sachen KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) drängen die Sowjets zur Eile. Moskau ist an der Zeremonie eines baldigen Abschlusses auf Gipfebene mehr gelegen als an weiterem Seilziehen um Liberalisierungsformeln. Breschnew möchte die zusätzliche Sanktionierung des sowjetischen Besitzstandes in Europa, welche ein jahrelange Bemühungen krönendes Ritual in Helsinki für die Sowjetdiplomatie bedeuten würde, spätestens im Herbst hinter sich bringen, um am Parteitag des kommenden Frühjahrs als Sicherer des Vaterlandes dastehen zu können.

Inzwischen sind aus den an der KSZE erarbeiteten Texten die ersten, holperig übersetzten Kostproben publiziert worden. Offenbar ist mit einem eigentlichen Himalaja unsäglich dehnbarer Paragraphen zu rechnen. Was da zum Beispiel aus „Korb drei“ zum Thema „Menschliche Kontakte“ und „Information“ einstweilen vorliegt, wirkt aus verschiedenen Gründen eher erstaunlich als überzeugend.

Erstens handelt es sich um Absichtserklärungen, nicht um völkerrechtlich verbindliche Abmachungen. Zweitens sind die Formulierungen derart vage und „ausgewogen“, daß sie fast beliebig interpretiert werden können. Drit-

Anschrift:

tens fehlt noch die Präambel, in der es — nochmals einschränkend — heißen wird, die angestrebten Fortschritte müßten im Rahmen der nationalen Souveränität und der internen Gesetzgebung bleiben. Viertens besteht zum vornherein zwischen der bekannten kommunistischen Praxis und den liberal tönenden Floskeln der KSZE-Papiere eine Diskrepanz, die das Resultat des Genfer Marathons unglaublich macht.

An der „Sicherheitskonferenz“, die auf langjähriges sowjetisches Drängen zustande gekommen ist, sitzen auf der westlichen Seite Leute, deren Sicherheit nur durch Macht und Politik der Sowjetunion bedroht ist. Die kommunistischen Herrscher in Osteuropa und der Sowjetunion dagegen fürchten sich vor allem vor der atlantischen Freiheit. Im eigenen Machtbereich, der auf Beherrschung von Untertanen, nicht auf Zustimmung freier Bürger beruht, würde eine ähnliche Freiheit Unordnung und Unsicherheit bedeuten. Darum hat man auf dem Genfer Papier mit Worten Kompromisse gefunden und in der Substanz aneinander vorbeigeredet.

Neue Zürcher Zeitung, 12. Juli 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.